



Ole von Beust

13. April 1955 CDU-Kommunalpolitiker. Geboren in Hamburg, Schulbesuch und Abitur in Volksdorf. Seit 1971 Mitglied der CDU. 1973–1975 Assistent bei der CDU-Bürgerschaftsfraktion. 1975–1980 Jurastudium in der Hansestadt. Seit 1978 Mitglied der Bürgerschaft, u. a. als Vorsitzender der CDU-Fraktion. Seit 1983 Rechtsanwalt. Seit 2001 Erster Bürgermeister.

Ole von Beust

Vorsitzender der CDU-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft

„Die Verantwortung der Eliten in Deutschland“

Meine Damen, meine Herren, herzlichen Dank für die so freundliche Begrüßung. Ich freue mich über die Gelegenheit, heute Abend, sieben Monate vor der Bürgerschaftswahl, über einige Aspekte der Politik sprechen zu können, von denen ich glaube, dass sie grundlegenden Charakter haben.

„Die Verantwortung der Elite“ ist das Thema, und ich will Ihnen sagen, wie Herr Dr. Kruse und ich darauf gekommen sind. Es war am Übersee-Tag des letzten Jahres, als sich der Bürgermeister mit der Frage der Verantwortung befasst hatte. Manches leuchtete mir ein, anderes nicht. Es ist aber in jedem Fall sinnvoll, in schwierigen Zeiten die Verantwortung derjenigen einzufordern, die selber durch Glück, durch Fleiß, durch Talent, wodurch auch immer, in Führungspositionen gelangt sind. Denn für mich ist Politik und die Gestaltung der Gesellschaft nicht nur eine Aufgabe derjenigen, die unmittelbar politisch agieren. Die Gestaltung der Gesellschaft durch vorbildhaftes Verhalten ist Verpflichtung aller, die in Führungspositionen arbeiten. Und weil das so ist, reizte mich dieses Thema, und ich freue mich über die Gelegenheit, heute Abend mit Ihnen darüber zu sprechen.

Es ist ja erkennbar, dass die Frage „Brauchen wir eine Elite, und welche Verantwortung hat sie?“ wieder intensiv diskutiert wird.

Erinnern wir uns, wie sehr nach 1968 Begriffe wie Führung und Verantwortung in Misskredit gebracht wurden. Elite wurde von vielen als ein Kontrapunkt zum Gleichheitsgrundsatz angesehen und der Begriff Führung als Widerspruch zum Demokratieprinzip. In den Diskussionen der 70er Jahre finden wir immer wieder dieses Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Gleichheitsgrundsatz auf der einen und Elite und Führung auf der anderen Seite.

Es ist gut, dass dieser künstliche, nur scheinbar intellektuelle Gegensatz überwunden ist. Ich glaube, dass es dafür zwei Gründe gibt.

Der eine: In den letzten zwanzig, dreißig Jahren ging es – mit wenigen Ausnahmen – relativ problemlos bergauf. Wir hatten bis 1989 als Deutsche so gut wie keine internationale Verantwortung und waren fest eingefügt in die alliierten Strukturen der internationalen Politik. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hatte ein relativ klares Welt- und Feindbild. Wer sich angesichts der Bedrohung durch den expansiven Drang des Kommunismus politischen Extremen zuwandte, grenzte sich automatisch selbst aus der Gesellschaft aus. In der langen Phase relativer Problemlosigkeit riefen die wenigsten nach mehr Führung, und kaum einer fragte nach der besonderen Verantwortung einer Elite.

Der andere Grund: In den Nachkriegsjahren gab es einen breiten „common sense“, ungeschriebene, akzeptierte Gesetze über moralisch Zulässiges oder Unzulässiges. Seither löst sich dieser common sense langsam, aber stetig auf. Vor allem jetzt im Zeichen der enormen Schwierigkeiten und der sozialen Probleme, die sich aufürmen: Massenarbeitslosigkeit, steigende Soziallasten, die kaum mehr vorstellbaren Dimensionen staatlicher Verschuldung. Viele Menschen gewinnen den Eindruck, sie lebten in einer Gesellschaft, die sich in Auflösung befindet, und sie registrieren eine zunehmende Korruption im staatlichen Apparat. Sie haben den Eindruck, ein großer Teil unserer Politiker bediene sich nur selbst. Der Anständige ist immer der Dumme, heißt es, und in der Hitparade rangiert ganz oben der Titel „Man muss ein Schwein sein“. Es verbreitet sich das Gefühl, dass vieles nicht mehr da ist, was einst unsere Gesellschaft zusammengehalten hat.

In solchen Zeiten wächst das Verlangen nach kompetenter Führung. „Es ist kein guter Zustand, es gibt Eliten, doch trotz zunehmender Sorgen über Zahlen und Prognosen raffen sie sich nicht zu einer gemeinsamen Führungsleistung auf; seit der erste deutsche Stammeskönig 919 gekrönt wurde, neigt das

deutsche Volk, anders als in Frankreich, offenkundig dazu, zentrifugalen Tendenzen und partikularen Interessen in der Regel den Vorzug einzuräumen.“ Eine Aussage von Henning Voscherau, die ich in einer Broschüre des Übersee-Clubs gelesen habe. Da hat er Recht, das ist so.

Es ist zu fragen, ob es im Deutschland dieser Tage eine homogene Führungsschicht gibt, die durch gemeinsame Führungsverantwortung zusammengehalten wird. Voscherau greift weit zurück. So lange ist es gar nicht her. Ich denke, dass es in Deutschland bis 1933 eine homogene Schicht gegeben hat, die man als Elite bezeichnen konnte. Sie ist aber spätestens seit dem „Dritten Reich“ nicht mehr existent. Ein Teil wurde vom Nationalsozialismus korrumpiert. Viele haben ihre ethischen Grundsätze verleugnet. Viele, die nicht im Krieg gefallen sind und aufrecht widerstanden, sind um ihr Leben gebracht worden.

Es gibt in Deutschland bekanntlich kein Elite-Schulsystem wie in Frankreich, keine Elite-Universitäten wie in den Vereinigten Staaten oder auch in Großbritannien. In Frankreich prägen die Absolventen der Elite-Schulen die Führung des Landes. Anders in Deutschland: Hier hat sich die jetzige Führungsschicht im Wettbewerb herausgebildet. Daher ist die Forderung nach einer konzertierten Aktion dieser Führungsschicht illusorisch.

Trotzdem gibt es aber unabhängig von dem Elite-Begriff Führungspersonen und Führungspersönlichkeiten, die über ihre eigene Funktion hinaus eine Verantwortung für das Allgemeinwesen in Deutschland wahrnehmen.

Worin besteht die Verantwortung dieser Elite für das Ganze? Unternehmer, die nur in Kategorien von Absatz und Gewinn denken, können erfolgreiche Kaufleute sein, aber zur Elite gehört mehr. Ähnlich ist es mit Politikern, die nur in engen Parteikategorien denken. Ein zuverlässiger Parteifunktionär zählt auch nicht automatisch zur Elite. Ein Elitemerkmal ist die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung über die engere Funktion hinaus. Und gemeint ist die tatsächliche Verantwortung. Verantwortung, die sich nicht auf Sonntagsreden beschränkt. Zur wahren Führung gehört nicht nur die Verantwortung, die Vision für das Ganze, sondern insbesondere auch der Handlungswille. Wir haben uns viel zu sehr angewöhnt, die tiefgründigen Reden Verantwortlicher im Lande als Ersatz für tatsächliches Handeln anzunehmen. Der Unternehmer, der technologischen Rückstand beklagt, aber nicht zum Investitionsrisiko bereit ist, tritt ebenso auf der Stelle wie Politiker, die nicht die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Wenn die Politik die Rahmenbedingungen aber tatsächlich ändert, zum Beispiel in Sachen Lohnfortzahlung, oder die Planungsvoraussetzungen für die Transrapid-Verbindung zwischen Hamburg und Berlin schafft, dann sollten sich diejenigen, die zuvor die Änderungen angemahnt haben, nicht vor der Umsetzung „drücken“. Denn es zeugt nicht gerade von Führungskraft, schlechte Rahmenbedingungen zu beklagen und sie dann, wenn sie verbessert wurden, nicht umzusetzen. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, meine Damen und Herren, sondern auch für die Politik.

Wenn ein Hamburger Politiker – Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind rein zufällig – mit entschlossenem Gesicht sagt, „Wir brauchen einen starken Staat, wir brauchen eine starke Justiz!“, aber gleichzeitig in Hamburg 35 Personen aus der Untersuchungshaft freigelassen werden müssen, weil nicht rechtzeitig Anklage gegen sie erhoben werden konnte, und 350 rechtskräftig verurteilte Strafgefangene aus Santa Fu vom Freigang nicht zurückgekommen sind und immer noch durch die Stadt laufen, dann stimmen Forderung und Realität nicht überein. Es ist einfach, einen starken Staat zu fordern, aber zur Verantwortung gehört es eben auch, diesen umzusetzen.

Eine Elite muss nicht nur eine Vision haben und diese auch verwirklichen, sie muss auch ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Mir sind diejenigen suspekt, die Wasser predigen und Wasser verteilen, aber selber Wein trinken. Sie tragen auch nicht zum Ansehen von Führung bei.

Wenn zum Beispiel auf Bundesebene der Bevölkerung im Rahmen des Sparkurses Opfer abverlangt werden, auf der anderen Seite aber die Zahl der parlamentarischen Staatssekretäre verdoppelt wird, dann hat dies mit Elite und vorbildhaftem Verhalten nichts zu tun.

Wenn die Hamburger Regierung ihren Sparkurs mit „Heulen und Zähneklappern“ verbindet, die Landesminister aber gleichzeitig die höchsten Senatorenbezüge in der ganzen Bundesrepublik erhalten, dann hat dies mit Führungsverantwortung und Vorbildfunktion auch nichts zu tun.

Auch die Damen und Herren in den Chefetagen der Wirtschaft müssen ihre Vorbildfunktion ernst nehmen. Wenn sie Risikobereitschaft und Personalabbau fordern, aber aufgrund von Managerversagen mit gigantischen Pensionen frühzeitig in den Ruhestand gehen, dann ist dies nicht vorbildhaft gegenüber denjenigen, die entlassen werden.

Worauf wir setzen müssen, ist nicht auf die mutmaßliche Verantwortung einer homogenen Eliteschicht, die es nicht mehr gibt, sondern auf das Führungsbewusstsein der Damen und Herren in leitenden Positionen, die ihre Verantwortung für die Allgemeinheit erkennen, diese mit Taten verbinden und ihr persönliches Handeln danach ausrichten. Ich bin überzeugt, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten diese Form der Führungsverantwortung, oder nennen Sie es Eliteverantwortung, wichtiger ist als je zuvor.

Ich sagte, wir leben in Zeiten tief greifender Veränderungen. Denken Sie nur an die hohe Zahl von Arbeitslosen. Auf Bundesebene sind 4,6 Millionen Menschen arbeitslos; wenn Sie die Personen in Umschulungsmaßnahmen und die nichtregistrierten Arbeitslosen hinzurechnen, dann sind wir schätzungsweise bei 6,5 Millionen.

Denken Sie an die ständig wachsende Staatsverschuldung, die uns die Luft zum Atmen nimmt. In Hamburg wird sich die öffentliche Verschuldung nach den Mittelfristigen Finanzplanungen von 1990 bis zum Jahr 2000 von 21 Milliarden DM auf 43 Milliarden DM mehr als verdoppelt haben.

In Hamburg liegt die Pro-Kopf-Verschuldung derzeit bei über 17 500 DM.

Und nicht zuletzt die zunehmende Kriminalität und Gewaltbereitschaft. Dies alles ist ein hochexplosives Gemisch.

Zu beklagen ist, dass als Konsequenz daraus zu wenig geschieht. Ein Mangel an aufgeregten Diskussionen herrscht dagegen nicht. Das sind die Entwicklungen, mit denen wir uns jetzt auseinandergesetzt haben und die wahrlich nicht wie der Blitz aus heiterem Himmel gekommen sind. Weiteres Abwarten und Zögern würde nur tiefer in die Krise führen und gefährliche Chancen für Populisten eröffnen, die zwar kein Programm, aber umso mehr unerfüllbare Versprechungen anzubieten haben.

Warnende Beispiele gibt es genug, historische und aktuelle. Der rechtsradikale Le Pen, der gerade wieder eine südfranzösische Stadt erobert hat und landesweit mit einem Stimmenanteil von dreißig Prozent rechnen kann, und der Populist Haider bei unseren österreichischen Nachbarn, der auch kein Programm anzubieten hat, mit großem Geschick mehr oder weniger rechte Parolen verbreitet und auch dreißig Prozent erreichen kann.

Wer solche Gefahren sieht und in unserem Lande Führungsverantwortung in Politik und Wirtschaft hat, muss aus Erkenntnissen und Tatsachen dieser Art Schlussfolgerungen ziehen. Politisches Engagement gehört auch in die Verantwortung derer, die sich zur Elite zählen. Wer meint, führen zu wollen, und wer meint, zur Führungselite zu gehören, von dem erwarte ich auch Engagement und Bekennermut für die Demokratie – in welche Richtung auch immer, und sei es für die SPD.

Wer mit Menschen spricht, die die Weimarer Republik erlebt haben, und dann Parallelen zieht, der weiß, dass das große Desaster der damaligen Zeit darauf beruhte, dass die Demokraten nicht ernsthaft genug bereit waren, für diese Demokratie einzutreten.

In dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der nach Führung gerufen wird, dürfen wir die Fehler von damals nicht wiederholen. Personen mit Führungsverantwortung müssen mit anpacken. Sonst dürfen wir uns nicht überheblich über Weimar beklagen. Verantwortung ist heute genauso wichtig wie damals.

Ich sehe vor allem drei unumgängliche Korrekturnotwendigkeiten. Die erste: Wir brauchen eine groß angelegte Entstaatlichung der Gesellschaft. Die zweite: Erforderlich ist die Abwendung vom kollektiven Sicherungssystem und die Hinwendung zu größerer individueller Verantwortung. Die dritte: Wir

brauchen eine Initiative der ganzen Gesellschaft für vermehrte Chancen der jungen Generation.

Wir haben uns nach dem Zweiten Weltkrieg daran gewöhnt, dass der Staat und seine Sicherungssysteme den meisten Menschen die Eigenverantwortung abnimmt. Letztlich haben wir damit die Abhängigkeit vom Staat und seine Allzuständigkeit organisiert, bis hin zu absoluten Details.

Gehört es etwa in die staatliche Verantwortung, wenn jemand eine Reise bucht und die Reisegesellschaft anschließend Pleite macht? Soll der Staat in solchen Fällen ernsthaft eine kollektive Haftung übernehmen? Oder gehört es bei aller erforderlichen Gegnerschaft zu den Scientologen in die staatliche Verantwortung, den Einzelnen vor seiner eigenen Entscheidung zu schützen? Wo führt das hin? Wir haben gelernt, ein Maß an Ansprüchen an den Staat zu entwickeln wie kaum anderswo auf der Welt.

Es hat keinen Sinn, die Schuld daran an einer Partei festzumachen. Alle sind beteiligt. Erst jetzt, wo wir an die Grenzen des Möglichen stoßen oder sie bereits überschritten haben, beginnt ein immer noch zögerliches Nachdenken. Die psychologischen und ökonomischen Schäden sind schon jetzt verheerend. Was oberflächlich betrachtet als hilfreich und angenehm empfunden wird, hat letztlich viele Menschen eher demotiviert – nach dem Motto: „Warum soll ich mich eigentlich besonders anstrengen, Verantwortung übernehmen, wenn andere es schon richten?“

Unser Staat hat viele Menschen quasi von ihrer sozialen Verantwortung freigestellt und ihnen auch das Verantwortungsgefühl für ihre Mitmenschen abgenommen. Begriffe wie Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit bleiben letztendlich auf der Strecke. Kaum jemand hat ein schlechtes Gewissen, weil man sich einreden kann, „ich zahle ja Steuern, mit diesen Steuern wird dafür gesorgt, dass es allen irgendwie gut geht, ich selbst brauche nichts weiter zu tun.“ Das System der kollektiven Sicherung hat zu Demotivierung, Leistungsfeindlichkeit und einer Art von Entmündigung geführt. Wir müssen dieses System ändern, auch wenn es im Einzelfall wehtun mag.

Der wachsende Schuldenberg ist auch die Folge der allumfassenden, vom Staat übernommenen Verpflichtungen. Und es ist die ausufernde, kaum mehr bezahlbare Bürokratie, die ihre Ursache hat in immer neuen Gesetzen und Verordnungen und der mit ihnen verbundenen staatlichen Ausgabenausweitung.

Betrachten wir das Beispiel Hamburg: 120 000 Menschen arbeiten im Öffentlichen Dienst und in öffentlichen Unternehmen. Das ist natürlich bei nahezu einer Million Arbeitsplätzen ein völlig ungesundes Missverhältnis. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, werden in fünfzehn Jahren die Kosten für den Öffentlichen Dienst so groß sein, dass sechzig Prozent des hamburgischen Haushalts für Personalkosten und Pensionsleistungen aufgewendet werden müssen. Der Hamburger Senat hat in den letzten zehn Jahren in Kenntnis dieser Entwicklung noch 2500 neue Stellen allein für die Verwaltung der Verwaltung geschaffen – da stimmt doch etwas nicht. Wenn wir uns nicht endlich entschließen, staatliche Aufgaben zurückzunehmen, sie durch Privatisierung und Eigenverantwortung ersetzen, wird die erforderliche tief greifende Korrektur bald nicht mehr möglich sein. Vor allem ist am Ende nicht mehr zu gewährleisten, dass diejenigen, die Hilfe wirklich brauchen, auch Hilfe vom Staat erwarten können.

Ganz ähnlich verhält es sich bei der Renten- und Krankenversicherung. Wir müssen uns von dem Irrglauben trennen, die totale Sicherheit vor Krankheit, Unglück oder wirtschaftlicher Not im Alter sei allein über arbeitsplatzfinanzierte Abgaben zu erreichen. Dieser Anspruch an kollektive Sicherungssysteme ist nicht mehr zeitgemäß und nicht mehr bezahlbar. Ich plädiere für ein gemischtes System, das zum einen die Grundsicherung gewährleistet, die im Prinzip so finanziert wird wie bisher, aber mit sinkenden Abgaben für den Einzelnen und die Wirtschaft. Der andere Teil fiele in die Eigenverantwortung, ermöglicht durch verminderte Abgabenlast. Erschreckend ist die Perspektive, dass eines Tages fast ein Viertel des Einkommens für eine vermeintliche totale Absicherung durch die staatliche Rentenversicherung ausgegeben werden soll plus ergänzenden Arbeitgeberanteils. Das wird in

Zukunft nicht mehr finanzierbar sein. Ich sehe die Obergrenze bei zwanzig Prozent. Ein Überschreiten dieser Marke hätte unmittelbaren Einfluss auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wir verlören unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt, wenn es uns im Gegensatz zu unseren Nachbarländern nicht gelingt, die Lohnnebenkosten in den Griff zu bekommen. Auch wenn ich mir wünsche, wir könnten das bisherige Rentensystem aufgrund von Vollbeschäftigung und höherem Arbeitsaufkommen sichern, so widerspricht es der Realität. Es ist ein gefährlicher Irrglaube, wir könnten weiterverfahren wie bisher. Die Finanzierung auf der bisherigen Grundlage vernichtet Arbeitsplätze. Ohne den Weg in die Grundsicherung der Menschen und in ihre Eigenverantwortung, ohne selbstfinanzierte Sicherungssysteme werden wir den Weg aus der Misere nicht finden. Dieser Gedanke ist nicht neu, nur an der Umsetzung hapert es wieder einmal.

Ich habe hier den Text des ersten großen Maßhalteappells von Ludwig Erhard. Eine Rundfunkrede vom 21. März 1962, die ihre Gültigkeit nicht verloren hat. Professor Erhard sagte:

„Noch ist es Zeit, aber es ist auch höchste Zeit, Besinnung zu üben und dem Irrwahn zu entfliehen, als ob es möglich sein könnte, für alle öffentlichen und privaten Zwecke in allen Lebensbereichen des Einzelnen und der Nation mehr verbrauchen zu wollen und mehr verbrauchen zu können, als das gleiche Volk an realen Werten erzeugen kann oder zu erzeugen gewillt ist.

Dieses Verhalten führt vielmehr unausweichlich zu einer fortdauernden Schwächung unserer Leistungs- und Wettbewerbskraft, zu einer Minderung der volkswirtschaftlichen Aktivität, zu einer anhaltenden Schmälerung der Erträge, zu einer rückläufigen Investitionsneigung und -fähigkeit, zur Gefährdung eines ausreichenden Steueraufkommens und am Ende zur Zerstörung der Vollbeschäftigung und zur Gefährdung der Arbeitsplätze.

Wir haben offenkundig das Gefühl für das Mögliche verloren und schicken uns an, eine Sozialpolitik zu betreiben, die vielleicht das Gute will, aber mit Sicherheit das Böse, nämlich die Zerstörung einer guten Ordnung, schafft.“

Zu der Rede des CDU-Politikers Ludwig Erhard von vor 35 Jahren passt ein Brief, den der Sozialdemokrat Professor Herbert Weichmann, damals hamburgischer Finanzsenator, am 3. Juni 1965 geschrieben hat.

„... im Gegenteil wünsche ich, dass die Jugend von heute nicht in einer falschen Auslegung unseres sozialstaatlichen Gedankengutes darauf verzichte, nach der Hohen-Meißner-Formel ihr Leben in eigener Verantwortung zu gestalten und stattdessen schon im Lehrlingsalter nach Pensionsansprüchen zu suchen und dem Staat die Verantwortung und sogar die Pflicht für ihre eigene Lebensgestaltung aufzuerlegen.“

Soweit Herbert Weichmann im Jahre 1965. Ich wünschte, Sozialdemokraten der heutigen Zeit würden sich in der aktuellen Steuer- und Rentendiskussion an diesen Erkenntnissen orientieren.

Noch sehe ich die Chance der Umkehr, des staatlichen Rückzugs auf breiter Front, der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, der Rückbesinnung auf Eigenverantwortung. Dazu gehört eine Reform des öffentlichen Dienstrechts mit leistungsbezogener Bezahlung, nicht nur nach Lebensalter und Regelbeförderung.

Ich bin überzeugt, dass die Menschen bereit sind, Opfer zu erbringen, wenn ein schlüssiges Konzept vorgetragen wird und der Grundgedanke der Gerechtigkeit erkennbar ist.

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, staatliche Verantwortungsbereiche durch private Eigeninitiative zu ersetzen. Lassen Sie mich dieses Beispiel anführen: Ist es wirklich erforderlich, dass in den Elbvororten oder in den Walddörfern öffentliche Bücherhallen und Häuser der Jugend aus der Staatskasse finanziert werden? Ich bin der Meinung, es ist nicht notwendig. In diesen Gegenden mit hoher finanzieller Leistungskraft, in denen sich die Menschen gut organisieren und Verantwortung übernehmen können, gibt es natürlich die Möglichkeit, staatliche Aufgaben in Eigeninitiative durchzuführen.

Rückzug des Staates heißt nicht Rückzug aus aller Verantwortung. Als

Kernbereiche bleiben die öffentliche Sicherheit und die Verantwortung für die junge Generation. Das sind Bereiche, in denen wir uns sogar dem wachsenden Druck zum Sparen widersetzen müssen. Wenn Herr Scharping die Stärke der Bundeswehr unter Hinweis auf „den weltweiten Frieden“ in Frage stellt und so sehr verringern will, dass sie im Ernstfall ihrem Auftrag nicht gerecht werden kann, hat das wenig mit Verantwortungsbewusstsein zu tun. Dies ist so, als müssten die Hamburger ihre Deiche nicht mehr warten, weil sie seit einigen Jahren keine ernsthafte Sturmflut mehr hatten. Die Geschichte lehrt, dass Wachsamkeit und Verteidigungsfähigkeit dauerhafte Verpflichtung des Staates bleiben muss, um den Frieden zu erhalten. Auf jeden Fall ist die äußere Sicherheit ein so kostbares Gut, dass sie aus aktuellen finanzpolitischen Erwägungen nicht eingeschränkt werden darf. Für die innere Sicherheit gilt das Gleiche. Unverantwortliche Sparmaßnahmen werden hier noch ergänzt durch politische Fehlentscheidungen. Zum Beispiel Hafterleichterungen für schwerstkriminelle Strafgefangene, die ein erhebliches Risiko für die Allgemeinheit darstellen. So etwas versteht niemand. Oder wer will einem Polizisten klarmachen, dass eine Gesetzesinitiative der Bundesregierung zur Einführung einer so genannten Hauptverhandlungshaft mit den Stimmen Hamburgs im Bundesrat abgelehnt wurde.

Der Gedanke, dass unser Staat zur Demotivierung der Polizei beiträgt, ist unerträglich. Die Empfindungen eines Polizisten, der einen Dieb festnimmt, den er selbst vor ein paar Stunde wegen einer anderen Straftat hat gehen lassen müssen, weil er wegen seines festen Wohnsitzes nicht in Haft genommen werden konnte, sind für jedermann nachvollziehbar.

Es dient auch nicht der Motivation der Polizei und auch nicht dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Menschen, wenn es, wie in der Hamburger Jugendpolitik, keine erzieherische Möglichkeit gibt, gewalttätige jugendliche Mehrfachtäter in gesicherten Einrichtungen unterzubringen. Die zuständige Senatorin verweist hier auf den Grundsatz „Menschen statt Mauern“.

Ich bin sehr für Erziehung, meine Damen und Herren, aber bei Gewalttätigkeit sind mir manchmal „Erziehung und Mauern“ lieber, um zu verhindern, dass jugendliche Täter immer wieder andere Menschen bedrohen oder zusammenschlagen.

Es ist gleichermaßen verantwortungslos, Drogen wie Haschisch freizugeben, Heroin in Apotheken verteilen zu wollen. Für mich ist das eine Flucht aus der Verantwortung. Aus der Verantwortung vor der Zukunft vieler junger Menschen, die noch nicht abhängig, aber labil sind. Es ist auch alles andere als eine Hilfe, dass in Hamburg das Methadon-Programm reduziert wird und dass es nur für einen Bruchteil der fast 9000 Heroinsüchtigen Entzugsplätze gibt. Zu sagen, „ich geb’ alles frei“, ist der einfachere Weg. Ich halte ihn aber für verantwortungslos.

Ich komme jetzt zu unserer Verantwortung gegenüber der jungen Generation. Sie ist eine andere als die in den siebziger Jahren. Man kann mit den jungen Menschen von heute diskutieren, sie hören zu und machen sich Gedanken um ihre Zukunft. Sie sind leistungsbereit und wollen sich beweisen. Sie wollen im Wettbewerb bestehen. Aber übersehen wir nicht ihre Sorgen und Befürchtungen. Wenn ich mit Studenten oder zum Beispiel jungen Betriebswirten und Juristen spreche, berichten sie, dass sie sich dreißig-, vierzigmal im ganzen Bundesgebiet um Stellen beworben haben und ihnen immer mit dem gleichen Einheitsbrief geantwortet wird: „Wir danken für Ihre Bewerbung und senden Ihnen Ihre Unterlagen zu unserer Entlastung zurück.“ Ein großer Umschlag im Briefkasten zeigt schon an, es ist wieder nichts geworden.

Das Gleiche gilt für junge Menschen, die eine Lehrstelle suchen. Vor allem trifft es die Gruppe der Haupt- und Realschüler, Sechzehn-, Siebzehnjährige, die oft zu hören bekommen: „Wir nehmen nur noch Abiturienten oder Akademiker.“ Bei einer Jugendarbeitslosigkeit, die sich auf fünfzehn Prozent zubewegt, entsteht vor dem Hintergrund wachsender Mutlosigkeit und Enttäuschung eine gefährliche gesellschaftspolitische Situation. Die wachsende Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen hat hier eine ihrer Ursachen.

Eine Gesellschaft, die sich nicht ausreichend um ihre Jugend kümmert, gibt

sich auf. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Wirtschaft, hier gegenzusteuern. Ich beginne beim Staat mit seiner Verantwortung für die Bildungspolitik. Ich bin sicher, dass sich die vermeintliche Verpflichtung, man müsse möglichst jeden Menschen zum Abitur und möglichst viele in die Universität führen, als verhängnisvoll erwiesen hat. Wir haben in Hamburg eine Hochschulzugangsquote von vierzig Prozent aller Schulabgänger, davon gehen wiederum achtzig Prozent an die Hochschulen. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn Tätigkeiten, beispielsweise bei Versicherungen und Banken, die noch vor zehn Jahren Realschülern mit einer kaufmännischen Ausbildung vorbehalten waren, heute von promovierten Juristen ausgeübt werden. Dieses System hat sich teilweise selber pervertiert. Die Umkehr ist unerlässlich. Eine Umkehr, die von der Wirtschaft mitgetragen werden muss. Denn es würde nichts helfen, wenn die Unternehmen weiterhin nur nach Abiturienten verlangten.

Ein zusätzliches hamburgisches Problem sind die hiesigen Leistungsanforderungen an das Abitur. Sprechen wir mit Eltern, die zum Beispiel von Bayern nach Hamburg gezogen sind, erleben sie eine wundersame Intelligenzvermehrung bei ihren Kindern. Wenn sie in Bayern Durchschnittsnoten von „drei“ oder „vier“ erzielten, sind hier plötzlich Noten von „eins“ bis „zwei“ an der Tagesordnung. Das umgekehrte Erlebnis hat der Hamburger Schüler beim Umzug nach Bayern. Wir müssen endlich auch in Hamburg auf der Erfüllung der vorgegebenen Leistungskriterien bestehen.

Und darum ist für mich die Frage, ob der Begriff der Leistung im Schulgesetz wieder aufgenommen werden soll, eine „Gespensterdiskussion“. Es geht nicht darum, ob der Begriff Leistung im Schulgesetz auftaucht. Es geht darum, ob in der Schule wirklich Leistung gefördert und abverlangt wird.

Zurück zum Elitebegriff. Ich halte weder etwas von einer Herkunftselite noch von einer Geldelite. Entscheidend ist, dass Hochbegabte oder junge Menschen mit einer speziellen Begabung die Chance erhalten, diese für sich selbst und die Gesellschaft möglichst schnell nutzen zu können. Da es eine vernünftige Hochbegabtenförderung in Hamburg nicht gibt, vielmehr das Mittelmaß das Maß der Dinge ist, brauchen wir uns über die verminderten Zukunftschancen der jungen Generation nicht zu wundern.

Nun zur Verantwortung der Wirtschaft. Mein dringender Appell an sie lautet: Geben Sie jungen Menschen die Chance auf einen beruflichen Einstieg. Bilden Sie aus, auch wenn Sie danach keine Weiterbeschäftigung garantieren können. Dies ist in der gegenwärtigen Lage vorrangig. Firmen, die sich das wirklich nicht leisten können, sollten einen staatlichen Ausbildungs- oder Lohnkostenzuschuss erhalten. Es ist besser und günstiger, junge Leute auszubilden, als ihnen Sozialhilfe zu zahlen.

Viele junge Menschen sind so stolz auf die Weltstadt Hamburg, dass sie gar nicht wegmöchten. Angesichts der nun allseits wahrgenommenen Globalisierung der Wirtschaft ist es dringend erforderlich, die fremdsprachliche Ausbildung zu forcieren. Nicht nur für akademische Berufe, auch im Dienstleistungsbereich, auch im Handwerk. Von Globalisierung reden und nur bruchstückweise Englisch sprechen ist ein Paradoxon und eine Chancensperre für die junge Generation. Deshalb würde ich es gut finden, wenn der Staat gemeinsam mit der Wirtschaft Anstrengungen unternehmen würde, jungen Menschen während der Wartezeit auf einen Ausbildungs- oder Studienplatz einen Sprachkurs oder ein Praktikum im Ausland zu ermöglichen.

Ich komme zurück auf unser Thema Verantwortung. Analysieren allein reicht nicht aus. Ich habe versucht aufzuzählen, wo Umkehr stattfinden, wo Führung Verantwortung übernehmen und Vorbild sein muss. In Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein aktuelles Negativbeispiel dieser Tage ist die Qualität der Diskussion um Steuerreform, Krankenversicherung und Rentenreform. Und hier vor allem das Verhalten der Sozialdemokratie. Von der hören wir zwar, was an Einsparungen alles unzumutbar sei. Aber hier erleben wir, dass sich eine große demokratische Partei weigert, eigene Konzepte zu entwickeln, weil auch sie unpopulär sein müssten. Sich der Verantwortung entziehen heißt, verantwortungslos zu handeln. Solche Verweigerung mehrt das Vertrauen der Menschen in die politische Führung nicht.

Ähnliches erleben wir aber auch in der Wirtschaft. Die Interviewkriege, die Topmanager mit der Regierung austragen, nähren auch nicht gerade das Vertrauen in die wirtschaftliche Kompetenz. Zumal dann nicht, wenn sie vom notwendigen Subventionsabbau betroffen sind. Im Übrigen glaube ich, dass es auch nicht von Verantwortungsbewusstsein zeugt, wenn notwendige Einsparungen, wie es von der evangelischen Kirche geschehen ist, als unchristlich beschrieben werden und die Bischöfin an gewerkschaftlichen Kundgebungen teilnimmt, auf denen die Sparpolitik aus politischen Gründen bekämpft wird. Das ist nicht die Aufgabe der Kirche. Das Gebot der Nächstenliebe beinhaltet mit Sicherheit keinen politischen Appell zur unverantwortlichen Verschuldung zu Lasten der nächsten Generation.

Jeder weiß, wir leben in einer Zeit schwerer Probleme und großer Risiken. Die Verantwortung, die daraus erwächst, verlangt Mut und großes persönliches Engagement. Das ist die allein zulässige Antwort auf die Situation, in der wir uns derzeit befinden. Es ist die Pflicht zur Verantwortung derer, die sich zur Elite rechnen. ■